Einleitung.

Die vorliegende Arbeit beruht im wesentlichen auf dem Material, das in dem 1901 erschienenen 5. Bande der Politischen Correspondenz Karl Friedrichs von Baden veröffentlicht worden ist.[1]) Sie erhebt nicht den Anspruch, dem Fachmann, der sich mit der Geschichte der Napoleonischen Zeit eingehend beschäftigt hat, Neues zu bringen. Aber vielleicht werden die vielen Freunde vaterländischer Geschichte, die nicht auf die Quellen selbst zurückgehen können, doch manches finden, was sie veranlassen wird, ihre Auffassung von den Beweggründen der badischen Politik in der bewegten Zeit vor dem Abschluß des Rheinbundes, vom August 1805 bis zum Juli 1806, zu revidieren und zu ändern.

Der reiche Stoff, den der 5. Band der Politischen Correspondenz für diese Zeit gebracht hat, ist, abgesehen von der vortrefflichen Einleitung des Herausgebers, bis jetzt nur von Bitterauf in seiner Geschichte des Rheinbundes Bd. I. benutzt worden. Während aber in diesem Werke die badischen Verhältnisse und Vorgänge gleichsam nur einen Faden in dem Gewebe der allgemeinen Darstellung bilden, sollen sie hier für sich allein und vielfach ausführlicher in einem besonderen Bilde dargestellt werden, ohne dabei den Zusammenhang mit den allgemeinen Ereignissen aufzugeben. —

Nachdem Baden als Reichsglied am ersten Koalitionskriege gegen Frankreich teilgenommen hatte, hatte es, dem Beispiele Preußens folgend, am 22. August 1796 einen Separatfrieden geschlossen. Die Bedingungen dieses Friedens haben den Charakter der politischen Beziehungen der beiden Staaten in den nächsten Jahren bestimmt. In der Voraussicht, daß Frankreich nach seinen Erfolgen auf dem deutschen und dem italienischen Kriegsschauplatz auf der Abtretung des linken Rheinufers bestehen werde, ließ sich Baden von Frankreich die Zusicherung geben, daß dieses beim Abschluß des Reichsfriedens für eine ausreichende Entschädigung für Badens Verluste durch geistliche Gebiete auf dem rechten Rheinufer eintreten werde. Schon damals hatte der kluge und gewandte Vertreter Badens in Paris, der Freiherr Sigismund Karl Johann v. Reitzenstein, sein Augenmerk auf die Erwerbung des Breisgaus und der Ortenau und anderer vorderösterreichischer Besitzungen gerichtet. Der Friede von Campo Formio und die Verhandlungen auf dem Rastatter Kongreß schienen die Hoffnungen Badens auf die Erwerbung jener Entschädigungen resp. Vergrößerungen zur Erfüllung zu bringen. Da brach der zweite Koalitionskrieg aus, in dem Baden nach seinen im Frieden von 1796 mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen neutral blieb, aber von beiden Parteien viel zu leiden hatte. Der Lüneviller

[1]) Die Hinweise auf diesen 5. Bd. werden im folgenden nicht in Fußnoten gegeben, sondern die Nummern im Texte selbst in Klammern eingefügt werden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Frieden und die darauf folgenden Verhandlungen in Paris, die durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 ihre formale Bestätigung erhielten, brachten Baden reichen Landgewinn. Auch diesmal waren Reitzensteins Bemühungen in Paris darauf gerichtet gewesen, für Baden den Breisgau zu erwerben, diese alten Besitzungen des badischen Fürstenhauses, in dem man noch die Ruinen des Schlosses Zähringen, des Stammsitzes seiner Vorfahren, erblickt und deren Lage für die Abrundung des badischen Besitzes so günstig war. Die Erwartungen der badischen Staatsmänner wurden aber weit übertroffen durch den „unschätzbaren" Gewinn der Pfalz, die „hunderttausendmal schöner" war als der Breisgau.[1]) Baden verdankte diesen Gewinn zum Teil dem Wohlwollen Kaiser Alexanders von Rußland, des Gemahls einer Enkelin von Karl Friedrich, zum größeren Teil aber den politischen Erwägungen Napoleon Bonapartes. Schon 1798 hatte der Verfasser eines französischen politischen Memoire Baden eine Stellung neben der französischen Republik angewiesen, wie sie im Altertum die Könige von Pergamum, Kappadozien und Bithynien neben der römischen Republik gehabt hätten. Dieser „treue, sichere, oder um es besser zu sagen, von der französischen Regierung abhängige Bundesgenosse" müsse, um Frankreich von vollem Nutzen sein zu können, bedeutend vergrößert werden.[2]) Und auch Napoleon mußte sich sagen, daß ein starker Staat im Süden Deutschlands, der sich stets bewußt blieb, Napoleon seine Existenz zu verdanken, als Gegengewicht gegen Oesterreich für ihn sehr wertvoll sein werde. Das galt in gleichem Maße freilich auch für die anderen süddeutschen Staaten, für Württemberg und Bayern.

Karl Friedrich von Baden hatte die Gunst der Umstände, die ja nicht durch ihn herbeigeführt worden waren, ausgenützt, um seinem Lande möglichst viele Vorteile und Vergrößerungen zu verschaffen; aber an eine vollständige Auflösung der alten Reichsverfassung hatte er nicht gedacht. Er war auch keineswegs gesonnen, sich bedingungslos in den Dienst der französischen Politik zu stellen. Aber die faktische Abhängigkeit von Frankreich, seine vollständige Wehrlosigkeit gegenüber den Anmaßungen Napoleons sollten ihm bald zum drückenden Bewußtsein kommen. Der Gewaltakt Napoleons vom März 1804, die Verhaftung des Herzogs von Enghien in Ettenheim, auf badischem Boden, zeigte, was er sich gegen einen kleinen deutschen Fürsten erlauben zu dürfen glaubte. Und noch deutlicher trat diese Wehrlosigkeit Badens gegenüber des französischen Herrschers Willen zutage, als kurz vor dem Beginn des dritten Koalitionskrieges Napoleon Baden seine Gegenrechnung für die früher geleisteten Dienste vorlegte. Mit diesem Zeitpunkt soll meine Darstellung einsetzen.

---

[1]) Vgl. Zur Geschichte des Uebergangs der Rheinpfalz und Mannheims an Baden. Programm des Mannheimer Gymnasiums. 1903.

[2]) Pol. Corresp. III Nr. 205.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf